

# Die Meinung

Zeitung der DKP Wedel

September

40. Jahrgang

2009

Irreführung der Öffentlichkeit und Missachtung des Bürgerwillens

## Wie CDU und FDP die Regio -Kliniken verscherbelten

„Der Deal ist perfekt – Kliniken gehören Sana“, unter solcher Überschrift berichteten die lokalen Zeitungen im Kreis Pinneberg über den skandalösen Vorgang, dass CDU und FDP gewissermaßen in einer Nacht- und Nebelaktion die Krankenhäuser verscherbelt haben. Missachtet wurde der Wille der Bevölkerung, der sich in einer Unterschriftenaktion für ein Bürgerbegehren ausgedrückt hat. Trotz der beginnenden Urlaubszeit und einer zu knap-

Ratsversammlung, als die Fraktion Die Linke den Antrag stellte, sich für eine Unterstützung eines Bürgerentscheids auszusprechen. CDU-Fraktionsvorsitzender Michael Kissig polemisierte gegen Bürgerentscheide generell und gegen den Erhalt der RegioKliniken im Besonderen und erhielt dabei die Unterstützung von FDP und Grünen. Dabei ging es ja nicht um die Frage, ob eine Straße zur Einbahnstraße erklärt werden soll oder einen Wendehammer erhält, sondern um eine existentielle Frage, die von der Gewerkschaft ver.di unter der Losung lief „Gesundheit ist keine Ware“. Genau das aber ist der Punkt, denn die Sana AG ist nicht der Wohltäter, sondern verspricht sich vom Kauf der RegioKliniken einen satten Gewinn. Und das geht

[Die Linke] den örtlichen Unterstützern der Verscherbelung vorhielt. Er kritisierte das gesamte Verfahren. Da sollten die Mitglieder des Kreistages im Blitztempo Tausende Seiten Bewerbungsunterlagen innerhalb weniger Tage durchlesen. Knut Persson enthüllte auch eine Tatsache, die in der öffentlichen Diskussion von den Verfechtern der Privatisierung der Öffentlichkeit verschwiegen wurde: Schleswig-Holstein kann aufgrund des am 17. März 2009 beschlossenen Krankenhausfinanzierungsgesetzes mit verbesserten Einnahmen für seine Krankenhäuser rechnen. Bisher bekamen die Kliniken im nördlichsten Bundesland deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt. Die neue bundeseinheitliche Regelung würde Schleswig-Holstein

Fortsetzung S.4



*Knut Persson (Die Linke)*

pen Frist sagten 20.144 Unterzeichner Nein zum Verkauf. Hätte die Unterschriftenaktion nur eine Woche länger gedauert, es wären die für einen Bürgerentscheid nötigen 24.100 Unterzeichner zusammengekommen. Daran dürften wohl auch CDU und FDP nicht gezweifelt haben, die sich massiv für die Privatisierung eingesetzt haben. Wie sehr die CDU gezittert haben mag, das zeigte sich in der Wedeler

Es ist bezeichnend, wie hier die Demokratie missachtet wurde. Als die Mehrheit des Kreistages dem Verkauf zustimmte, kannten die Abgeordneten nicht einmal die Geschäftszahlen des Jahres 2008, wie *Knut Persson*

Es ist bezeichnend, wie hier die Demokratie missachtet wurde. Als die Mehrheit des Kreistages dem Verkauf zustimmte, kannten die Abgeordneten nicht einmal die Geschäftszahlen des Jahres 2008, wie *Knut Persson*



Fortsetzung S.2

# Positive Bilanz des Wedeler Links-Bündnisses

Seitdem die Linke mit drei Abgeordneten in der Ratsversammlung vertreten ist, hat sich im Wedeler Rathaus einiges verändert – auch wenn diese Tatsache in der lokalen Presse nur ungenügend zum Ausdruck kommt. Endlich werden soziale Themen deutlich angesprochen, haben die Schwachen in unserer neoliberalen Gesellschaft wieder ein Sprachrohr. Das ist auch aus Sicht der DKP, die mit ihrem Engagement und personell vor einem Jahr den

Verscherbelung der Regio-Kliniken, wobei es diese Anhängerin von Schwarz-Grün fertig brachte, sich im Kreis für ein Bürgerbegehren auszusprechen, in der Wedeler Ratsversammlung aber dagegen zu stimmen. Die politische Doppelzüngigkeit wurde erst durch den Antrag der Linken deutlich, die Ratsversammlung möge sich für die Unterstützung des Bürgerbegehrens aussprechen. Nur die SPD – Fraktion stimmte in dieser Frage mit den Linken.

In Bündnissen zu arbeiten, erfordert Respekt und Achtung vor dem anderen Partner und Bereitschaft zum Kompromiss. In Wedel ist es gelungen, ein solches Bündnis zu schmieden, weil sich die Partner vom außerparlamentarischen Kampf bereits kannten, ob in der antifaschistischen und Friedensbewegung, in der Gewerkschaft und in sozialen Bewegungen.

Die DKP steht nach wie vor zu ihrer Entscheidung, mit der Partei Die Linke auf dem Feld der Kommunalpolitik eng zusammenzuarbeiten und ihre politischen Erfahrungen und Kenntnisse einzubringen.



v.li. K.Persson, A.Sawatzki, S.Krüger (Die Linke), G.Wilke (DKP)

Einzug der Linken ins Rathaus mit 8,8 Prozent möglich gemacht hat, ein großer Fortschritt. Zwar drückt sich angesichts der Zusammensetzung der Ratsversammlung diese positive Veränderung noch nicht in Beschlüssen aus, aber die Konturen werden deutlich, wer in dieser Stadt für welche Interessen regiert. Die CDU arbeitet ihre rechten Konturen stärker heraus, die FDP rückt auch in Wedel der CDU deutlich näher und die Grünen, die sich mit einer Politik von Schwarz-Grün in die Gefangenschaft der CDU begeben haben, werden kaum noch wahrgenommen.

Ihre Fraktionsvorsitzende, Dr. Wilms, die aufgrund ihres dritten Platzes auf der Landesliste damit rechnen kann, in den Bundestag einzuziehen, hat in der kurzen Zeit ihres Gastspiels in Wedel gezeigt, dass mit ihrer sozialen Politik nicht zu machen ist. Sie und ihre treuen Gefolgsleute verwirtschaften das Ansehen, das Vorgänger aufgebaut haben. Das zeigte sich bei der Ablehnung eines Antrages der Linken, einen Sozialtarif für Strom einzuführen ebenso wie bei der Durchsetzung der

Leider verzichteten die lokalen Zeitungen auf eine Berichterstattung über diese Debatte, stattdessen berichteten sie von der Festveranstaltung über die Vereinigung von Wedel und Schulau vor 100 Jahren, wogegen grundsätzlich nichts einzuwenden wäre, wenn nicht damit das Nichtige das Wichtige verdrängt hätte.

Vor einem Bündnis der Partei „Die Linke“ mit der DKP hat vor der letzten Kommunalwahl nicht nur die CDU gewarnt. Es gab auch antikommunistisch motivierte Vorbehalte aus den Vorständen der Linken im Kreis und im Land. Trotzdem entschieden sich 8,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler für dieses Bündnis und entsandten drei Vertreter in die Ratsversammlung, die unbeirrt fleißig und konstruktiv linke Kommunalpolitik machen. Das Bündnis von DKP und Linken hat sich bewährt und gehalten. In Wedel zeigt sich, dass die linke Opposition nur in der Zusammenarbeit erfolgreich ist. Wo sie gegeneinander antritt, wie in einigen Städten bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, da schwächt sie ihre Position.

## Neues aus der Krise der Grünen

### Doppelte Zunge

Valerie Wilms, diese Anhängerin von Schwarz-Grün brachte es fertig, sich im Kreis für ein Bürgerbegehren auszusprechen, in der Wedeler Ratsversammlung aber dagegen zu stimmen.

### Schwarze Perlen Grüner Politik

Der Antrag der Linken, einen Sozialtarif für Strom einzuführen, wurde abgelehnt von Wilms und ihrem grünen Gefolge.

Ein Antrag der Linken für ein Bürgerbegehren gegen die Verscherbelung der Regio-Kliniken wurde abgelehnt

So wird das Ansehen der Grünen, das Vorgänger aufgebaut haben, verspielt.



# Für einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein

*CDU ohne Vertrauen für Harry Peter Carstensen  
aber mit viel Gefühl - und Geld - für Nonnenmacher*

Überfallartig und in panischer Eile haben Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und seine CDU die Regierungskoalition mit der SPD für beendet und den Landtag über eine manipulierte „Vertrauensabstimmung“ für aufgelöst erklärt. Jede Wählerin und jeder Wähler im nördlichsten Bundesland ahnt, warum: nur wenn zugleich mit der Bundestagswahl am 27. September auch in Schleswig-Holstein gewählt wird, kann die CDU darauf hoffen, weiter an der Regierung zu bleiben – in welcher Konstellation auch immer, ob mit der FDP oder mit den Grünen, wie im Nachbarland Hamburg oder aber wieder mit einer noch weiter dezimierten SPD.

Denn nach der Bundestagswahl wird es hart für die Bevölkerung. Sie muss die Folgen der kapitalistischen Krise auslöffeln. Schon jetzt wurde den Kreisen und Kommunen signalisiert, dass Haushaltssperre die erste Maßnahme sein wird, die von der neuen Landesregierung verordnet werden wird. Peter Harry Carstensen will im öffent-

lichen Dienst rigoros Stellen streichen – wie schon mit der SPD vereinbart, wenigstens 4.800. Die ersten, die zu spüren bekamen, was das bedeuten wird, sind die Schulen. Bei Beginn des neuen Schuljahres fehlt es an Lehrern, weil die Absolventen der Universitäten und Hochschulen in Schleswig-Holstein keinen Job finden. Und es wird sich nichts ändern, weil die bisherige Große Koalition eine Schuldenbremse beschlossen hat – und das inmitten einer Wirtschaftskrise!

Die Große Koalition von CDU und SPD hat einen Scherbenhaufen hinterlassen, der nach den Wahlen noch sichtbarer werden wird. Schlagzeilen sind die Bildungsmisere, eine zu Lasten von Kindern, Eltern und Lehrern verfehlte Schulreform, Abbau von Demokratie durch eine Gebietsreform, die kommunale Vertretungen zu Ausführenden der Befehle von Kiel machen. Hinzukommt der Skandal um die HSH-Nordbank, der erst in groben Umrissen erkennbar ist. Die 1,5 Milliarden Euro, die das Land zur Sicherung der Bankgeschäfte zur Verfügung stellte, werden nicht reichen, sie sind schon jetzt aufgebraucht. Und die Folgen der Schiffahrtskrise werden sich erst noch niederschlagen. Die HSH Nordbank erweist sich als Fass ohne Boden. Nur mühsam versuchen Carstensen und seine CDU, das Ausmaß der Verluste zu verschleiern, die sie den Steuerzahlern aufbürden wollen. Dabei ist der Skandal um den Vorstandsvorsitzenden Nonnenmacher, dem gegen den lautstarken Protest der Öffentlichkeit ein „Zusatzgehalt“ von 2,5 Mil-

lionen Euro bewilligt wurde, nicht einmal der größte.

Die SPD – Minister beschwerten sich darüber, dass sie von dem Diktator Carstensen mit einem Tritt aus ihren Ämtern geworfen wurden. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan.

Aber wie geht es weiter?

Welche Farbenspiele man sich unter den herrschenden Parteien auch ausdenkt – es geht letztlich immer um die Fortsetzung der bisherigen Politik und darum, der Bevölkerung die Lasten der Krise aufzubürden. Dazu gibt es nur einen Ausweg: den außerparlamentarischen Kampf.

Sicher wäre die Stärkung der parlamentarischen Opposition ein wünschenswertes Ergebnis. Die DKP ist nicht stark genug, dazu aktiv beizutragen. Sie musste sogar wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und wegen fehlender finanziellen Mittel überhaupt auf eine Kandidatur verzichten. Immerhin gib es mit der Partei Die Linke eine Wahlalternative, die auch von enttäuschten Wählerinnen und Wählern einer Nichtbeteiligung an der Wahl vorgezogen wird. Wir hoffen, dass sie an der Seite der außerparlamentarischen Bewegung stehen wird, wenn es gegen die Abwälzung von Krisenlasten auf die breite Bevölkerung geht, um den weiteren Abbau sozialer und demokratischer Rechte, um den Kampf gegen Neofaschismus und Krieg.

Parlamentarische Opposition ist wichtig, außerparlamentarischer Kampf ist nötig.  
Redaktion „Die Meinung“



...zur HSH-NORDBANK und den Nonnenmachern.  
Seine Schwäche ist seine Nähe zu den Steuergeldern der Landeskinder.  
Seine Sorge gilt den 4800 Stellen, die er streichen will.

Westerwelle, die Mutter Theresa für Besserverdiener, bringt die Sozialhilfe für notleidende Mittelstandskinder abgesenkter Spitzensteuersatz erhöhte Steuererleichterungen Millionen an Abfindungen Milliarden an Mehrgewinn Er nennt das

„die Treffsicherheit des Sozialstaates erhöhen“ während sich Millionen abfinden (sollen) mit Sozialraub und Kahlschlag Die Konkurrenz von Hartz IV wird weggebissen: Bisse wie „Es gibt kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit“ leiten die Sägeschnitte der Sozialpolitik ein. W. hat zwei Gesichter: das eine besoffen blau für seinen Spezi Bürger King das andere kalt wie Schnauze und giftgelb für den Rand.  
Hartz IV für Westerwelle, ein Leben lang



## Regio Klinik Wedel: Neueste Nachrichten

**Wedel verliert eine weitere Abteilung**

Die urologische Hauptabteilung an der Wedeler Regio Klinik hat sich seit seiner Gründung anfang 2008 rasant entwickelt. Chefarzt Dr. Pottek und seine sechs ärztlichen Mitarbeiter konnten bis März 2009 die Patientenzahlen um 33% erhöhen. Mit dem Verkauf der Regio Klinik an Sana endet diese Erfolgsgeschichte der Urologie. Den Ärzten wurde der Kauf der Abteilung angeboten, alternativ würde die Abteilung in die Regio Klinik Elmshorn verlegt. Das Kaufangebot wurde abgelehnt.

Neueste Informationen aus der Wedeler Ärzteschaft weisen darauf hin, dass nicht nur Chefarzt Dr. Pottek, sondern die gesamte urologische Abteilung zur Asklepios Klinik Rissen wechseln wird.

In Rissen haben die Bauarbeiten für eine 50 Betten Station bereits begonnen. Hier soll die urologische Abteilung inklusive einer urologischen Ambulanz ihren Platz finden. Die Bauarbeiten sollen zum Jahresende abgeschlossen sein.



*Das Taxi wartet schon,  
die Ärzte verlassen das kranke Haus  
das Wedeler Krankenhaus*

Fortsetzung von S.1

**Wie CDU und FDP die Regio -Kliniken verscherbeln**

rund 40,3 Millionen Euro mehr einbringen. „Spätestens nächstes Jahr werden sich die Erlöse der Kliniken deutlich verbessern“, so Persson.

Eine dubiose Rolle bei dem Verkauf der Regiokliniken spielte Landrat Dr. Grimme (CDU). Er erweckte in der Öffentlichkeit den Eindruck, als stünden die Regiokliniken fast vor dem Konkurs. Grimme leitete im Eilverfahren den Verkauf der Regiokliniken durch, obwohl die Staatsanwaltschaft gegen einen ehemaligen Geschäftsführer der Kliniken wegen Korruptionsverdachts ermittelt. Dieser soll Aufträge unter Verstoß gegen Ausschreibungsbestimmungen an befreundete Unternehmen vergeben haben. Der Schaden soll beträchtliche Größenordnungen angenommen haben. Die Öffentlichkeit wird darüber wahrscheinlich erst nach den Wahlen mehr erfahren. Irre geführt wurde auch die Wedeler Be-

völkerung, die von der Nachricht überrascht wurde, der Chefarzt der Urologie, Dr. Pottek, werde in die Asklepios-Klinik Rissen wechseln. Unklarheit gibt es nach wie vor über die Gründe, die ihn dazu bewogen. Denn im Raum steht die Frage, ob Dr. Grimme eine Verlagerung der Urologie von Wedel nach Elmshorn beabsichtigt hat und der Umzug nach Rissen nur eine Folge dieser Pläne war, da sie in Elmshorn keine Perspektive für ihre Arbeit gesehen haben.

Es sind viele Fragen, die beantwortet werden müssen. Die Gewerkschaft ver.di Nord kündigte an: „Wir werden uns jetzt weiter für eine Aufarbeitung des skandalösen Privatisierungsverfahrens einsetzen. Zu untersuchen ist, ob die verschiedenen Liquiditätspläne und das zerschlagene Berichtswesen nur als Vorwand galten, um die Privatisierung einzuleiten.“

**Kleine Chronik der Wedeler Klinik****Dezember 2004**

Dr. Herzberg, Wedels kompetentester Endoprothetik Chirurg, kündigt und operiert inzwischen in Rissen. Er zieht die Konsequenzen aus den Krankenhaus Reformplänen des Landrats Grimme (CDU)

**März 2007**

Das Wedeler Krankenhaus wird auf den Kreis übertragen und damit Bestandteil der Regio Kliniken. „Damit ist der Fortbestand des Krankenhauses gesichert und millionenschwere Investitionen sollen in den nächsten Monaten zusätzliche Schwerpunktabteilungen schaffen...“ M.Kissig (CDU)

Die Gynäkologie wird geschlossen, Wedeler Kinder sollen in Pinneberg zur Welt kommen.

**April 2009**

Die Privatstation der Wedeler Klinik - erst im November 2007 geschaffen - wird geschlossen. Zu wenige Privatpatienten buchten die Luxuszimmer mit Elbblick.

**Mai 2009**

Im Sozialausschuss stellt Bürgermeister Niels Schmidt klar, dass von einer Schließung der Wedeler Klinik keine Rede sei. „Zur Zeit gibt es gar keine Hinweise oder Ideen, die speziell Wedel betreffen“.

**Juli 2009**

Die Regio Kliniken werden vom Kreis Pinneberg an Sana verscherbelt.

**September 2009**

Die Hauptabteilung Urologie verläßt die Wedeler Klinik und zieht nach Rissen.

*ViSdP:  
G. Wilke, Hasenkamp 8  
Tel 3486  
Fotos:  
je 1x Grüne, CDU, FDP  
alle anderen „Die  
Meinung“*